

Abonnements-Preis
von der Sonntags-Beilage „Nach
dem Abend“ einzeln. Abonnement
zu 1/2, bei Abnahme von 10 Bänden
Kassenscheine zu 50 Pf. pro Monat.
Durch die Post bezogen (Post-
zeitungsliste 6818) pro Vierteljahr
1,50. Unter Bezugnahme für
Deutschland und Ostpreußen-Litauen
3 Mk., für das übrige Ausland 7 Mk.
pro Vierteljahr.

Redaktion:
Kunnonstraße 61, I. Etage.
Sprechstunden
von Montag bis 12 bis 1 Uhr.
Sonntags: von 10 bis 12 Uhr.
Telegraphen-Adressen:
„Arbeiterzeitung Dresden“.

Sächsisch- Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserte
werden bis 6 Uhr täglich
oder beim Raum und 10 Pf. be-
rechnet und bei mehreren Exemplaren
Einsparung nach Rabatt gewährt.
Bezugspreis 10 Pf. pro
Exemplar. Die Zeitungen werden
in der Expedition abgegeben und
auch im Voraus zu beziehen.
Expedition:
Verbergasse Nr. 1.
Geschäftszeit von Montag 8 Uhr
abends 7 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1708.
Druckort: täglich mit Ausnahme des
Sonntags und Festtage.

Nr. 197.

Dresden, Freitag den 26. August 1898.

9. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Dresden, 25. August.

Unsere Taktik und der Parteitag.

Der „Vorwärts“, unser rühmlich bekanntes Zentralorgan, antwortet auf unseren Vorschlag, auf dem Parteitag eine grundsätzliche Richtschnur für unsere Taktik festzulegen, in folgender Weise:
„Wenn bei der von der „Sächs. Arb.-Ztg.“ gewünschten Erweiterung der Boden der praktischen Politik nicht verlassen werden soll, dann dürfte der von ihr vorgeschlagene Punkt nicht vor dem Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion zu stehen kommen, sondern er müßte hinter diesem eingeschaltet werden, denn im Reichstage wird über den Militarismus, die Kolonialpolitik und die Sozialreform entschieden, auf welche Dinge sich der Leitartikel der „Sächs. Arb.-Ztg.“ speziell bezieht. Erst wenn der Parteitag den Bericht der Reichstagsfraktion gehört hat, ist er in der Lage, Beschlüsse zu fassen, die als Direktive für unsere parlamentarische und politische Tätigkeit dienen könnten. Ob sich freilich die „Sächs. Arb.-Ztg.“ nach diesen „Direktiven“ richten würde, ist sehr die Frage. Gerade unsere Dresdner Kollegin hat in Beziehung auf ihre Haltung zur Parteipresse nicht gesagt, daß sie sich um Direktiven des Parteitages sonderlich kümmert. Die Anreizspiele anderer Parteiblätter wird von ihr, trotz der Direktive des Hamburger Parteitages, die speziell ihr galt, ungeniert fortgesetzt und der parteigegenständlichen guten Sitte entspricht es doch wohl auch in der Hauptstadt der „sächsischen Politik“ nicht, wenn der Leitartikel des Dresdner Parteiorgans dem Reichstagsabgeordneten für den dritten Berliner Wahlkreis, W. Heine, ferner Ed. Bernheim, Dr. Konrad Schmidt, Schippel und Auer mit der Unverfrorenheit des echten Tintenfaß-Politikers unterstellt.“

„Wir bekämpfen nicht die kapitalistische Ausbeutung, sondern ihre Auswüchse, nicht den kapitalistischen Staat, sondern die jeweilige Regierung; wir bleiben in der Opposition, so lange man uns von sich stößt und uns nichts anderes übrig bleibt — reicht man uns die Hand, so springen wir über den Stock!“

Diese knappen Sätze soll „mit juristischer Weisheitsfülle“ Herr Rechtsanwalt W. Heine vertreten haben. Auf unseren Parteigenossen W. Heine hat es der Leitartikel des Dresdner Blattes überhaupt besonders abgesehen. Von ihm sagt er noch:

„Es ist eine Taktik der Grundlosigkeit und Unbeholfenheit, die weder Ja noch Nein zu sagen weiß, sich zwischen den Hindernissen diplomatisch hindurchschleicht und deshalb nie aus den Hindernissen herauskommt, die, weil sie nichts großes erreichen kann, fortgesetzt das Maß des Erreichbaren reduziert und damit erweist, daß sie erreichbar nennt, was ohne jeglichen Kampf zu haben ist, die sich nach keiner Seite gefährdet und nach allen Seiten lächerlich macht. Diese Taktik anzunehmen, heißt das Proletariat aus der Stellung, in der es um die Weltbeherrschung kämpft, in die Stellung des Bettlers bringen, der die Hand lüßt, die ihm ein Almosen reicht.“

Solchen Unartigen Unfug kann nur jemand schreiben, der vom Tintenfaß aus die ganze Welt kommandieren möchte, die Dinge um keine Nuance anders zu beurteilen als er in seiner unverantwortlichen Stellung es thut. Im ganzen laßt diese Art Artikel auf die entwürdigendste Beschränkung der freien Meinungsäußerung hinaus.

Wenn in dem Artikel die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Entscheidung des Parteitages über die Taktik nach „links“ hin ausfallen werde, so sind wir der Meinung, daß der Parteitag unter dieser Entscheidung nach „links“ den möglichst häufigen Gebrauch des für den Verfasser des Artikels offenbar so vorausgehenden Wortes „sozialrevolutionär“ nicht verstehen wird. Der von dem Verfasser zur Schau getragene Kapitalismus besteht zu mindestens neun Zehnteln aus der steten Wiederholung dieses Wortes.“

Es ist die als Manier des „Vorwärts“ sattem bekannte Art, sachliche Meinungsäußerungen durch Hineintragung von völlig abseits liegenden Gegenständen zu verwirren und durch persönliche Zuspitzung des Streitlichen die Aufmerksamkeit von dessen sachlichem Inhalt abzulenken. Oder was hat denn die Erörterung über unsere allgemeine parlamentarische und politische Taktik mit der Frage der Preßpolemiken zu thun? Glaubt man im „Vorwärts“, daß jemand sich in dieser Beziehung veründigt habe, so steht die Möglichkeit offen, auf dem Parteitag, etwa unter „Verschiedenem“, diese wichtige Thatsache zur Kenntnis des Welt-Vorwärtigen zu bringen, auch kann man beantragen, die Frage der „Vorwärtigen“ auf die Tagesordnung zu setzen, wenn man Lust hat, den Quatsch breitzutreten, — aber was hat das mit unserer Stellung zu Militarismus, Kolonialpolitik, Marineverehrungen und Sozialreform zu thun? Das zeigt augenfällig, daß dem „Vorwärts“ eine Erörterung dieser Fragen aus gewissen Gründen sehr peinlich erscheinen muß.“

*) Selbst um nur den Anschein eines formellen Zusammenhanges herzustellen, stellt sich der „Vorwärts“ genötigt, die redaktionelle Aufklärung unseres Blattes als persönliche Meinungsäußerung des „Arbeiterzeitungs“-Comitees, eines in Hamburg abgehaltenen Ausschusses als eine vom Parteitag gefasste „Direktive“ und jene gar nicht existierende „Direktive“ als spezielle „Vorwärts“-Anweisung über ihn nicht kennzeichnend, daß derselbe „Vorwärts“, der den Verfasser dieser Zeilen nach dem verdruckten § 185 des Reichsstrafgesetzbuchs

Wir haben in unserem Artikel bestimmte Persönlichkeiten nur genannt, insofern es notwendig war, unsere Ausführungen durch Thatsachen zu belegen. So haben wir bei der Behandlung des Militarismus auf die Stellung, welche Schippel und Auer gegenüber der Artillerievorlage angenommen hätten, verwiesen. Wir haben von ihnen nicht mehr gesagt, als was sie selbst sagten. Vergl. Protokoll des Hamburger Parteitages S. 122, 137, 138, 139. Bei der Erörterung der Sozialreform haben wir sogar wörtlich die Aeußerungen von Ed. Bernheim und Dr. K. Schmidt angeführt. Jeder, der die Auslassungen heider in der Parteipresse gelesen hat, wird zugeben, daß wir nur rein sachlich die Quittessenz ihrer Theorien gezogen haben. Wir glauben, alle diese Persönlichkeiten sollten uns sogar dankbar sein dafür, daß wir ihre Ideen, auf die sie mit gewissem Stolz das Recht der Originalität und der Initiative beanspruchten, weiter verbreiteten. Sollte aber jemand von ihnen die geheime Aeußerung nachgerade zu einer schmerzlichen Erinnerung geworden sein, so ist das ja sehr erfreulich, aber kein Grund, an den Rücksichten der Partei jene Schönheiten hängen zu lassen. Sie thun dann am besten, mit uns das Kleid zu büffeln. Es lag uns auch fern, sie alle in einen Topf zu werfen. Wir wissen nicht, ob etwa Auer und Bernheim in der Frage der Schnellfeuergeschütze, Schippel und Schmidt in der Auffassung der Sozialreform einig sind, wir wissen nicht, inwiefern jeder der Genannten zur Erkenntnis der allgemeinen Zusammenhänge gelangt ist, — aber das kann uns doch nicht verhindern, diese Zusammenhänge aufzudecken. Das thäten wir und möchten jeden nur dafür verantwortlich, wofür er selbst die Verantwortung übernommen hat, und für das Ganze übernehmen wir selbst die Verantwortung — glaubt man, daß unsere Darstellung der Zusammenhänge falsch ist, kann man uns widerlegen. Wenn z. B. Auer und Schippel sich salbieren wollen, dann haben sie nachzuweisen, daß ihre Stellungnahme zu der Artillerievorlage in keinem logischen Zusammenhange mit der von uns charakterisirten Taktik des Indifferentismus stehe, oder sie geben ihre in Hamburg zum Ausdruck gebrachte Stellungnahme auf. Der Einzige, den wir als Anhänger jener Taktik im allgemeinen bezeichnet haben, ist Herr Rechtsanwalt W. Heine. Was wir aber von ihm gesagt haben, ist nur die kurze und klare Zusammenfassung dessen, was er selbst geäußert und wiederholt hat. Wir haben es ihm auch früher schon gesagt, und er dachte auch gar nicht daran, dagegen Widerspruch zu erheben. Weil der Fall der grundsätzlichen Vertheidigung der Taktik des Kompromisses in der Partei ganz neu ist, gingen wir sogar mit aller Vorsicht zu Werke und richteten an Herrn Rechtsanwalt W. Heine öffentlich einige präzise formulierte Fragen, um uns über dessen viel besprochene politische Stellung klar zu werden. Trotz wiederholter Aufforderung gab uns Herr Rechtsanwalt W. Heine keine Antwort — er anerkennt stillschweigend die Richtigkeit unserer Annahme. Der „Vorwärts“ that also gut, sich nicht so sehr zu ereifern, denn er läuft dabei Gefahr, von Herrn Rechtsanwalt W. Heine selbst desavouiert zu werden.

Unsere Schlussätze vollends bezogen sich erst recht auf keine Persönlichkeit im besonderen. Nachdem wir die Zusammenhänge und Konsequenzen klargestellt hatten, war es unser gutes Recht, es zu einem Gesamtbild zu verarbeiten, das in möglichst scharfen Zügen die Situation kennzeichnet. Aber selbstverständlich lag es uns fern, jemand vorzuwerfen, daß er mit klarem Bewußtsein eine Taktik der Grundlosigkeit und Lächerlichkeit verfolgte. Es gehört der preßpolitische Scharfsinn des „Vorwärts“ dazu, um ähnliches auszusprechen. Unsere Absicht war doch offenbar, indem wir der Partei zeigten, auf welche abschüssige Bahn sie sich mit jener Taktik begeben würde, sie vor dem Betreten jener Bahn zu warnen. Und vielleicht glaubten wir sogar, die „verirrten Schäflein“ selbst zur Umkehr zu veranlassen, wenn wir ihnen das abschreckende Bild vorhielten? Wir halten z. B. Auer gar nicht für so dumm, als er glaubt.

Das Schönste ist, daß der „Vorwärts“ selbst anerkennen muß, daß wir mit unserer Forderung, die Parteitaktik auf die

vor das Tribunal des Parteitages zu ziehen müßte, ihn selbst im gleichen Atemzuge mit folgenden Lebenswahrheiten überschüttet: „Anrempeln“ — Verstoß gegen die „gute Sitte“ — Unverfrorenheit des echten Tintenfaß-Politikers — „bösartiger Unfug“ — „vom Tintenfaß aus die ganze Welt kommandieren“ — „zur Schau getragener Kapitalismus“ — „entwürdigende Beschränkung der freien Meinungsäußerung“. Ist das nun nicht „persönlich“ und nicht „beleidigend“? Mit Heiligenschein bewandert man die kanaan-wäldliche Vogil, mit der letzte Satz konträrirt wurde: Weil wir die Freiheit der Meinungsäußerung in einer Art gebrauchten, die der Redaktion des „Vorwärts“ nicht gefällt, so ist das „die entwürdigendste Beschränkung der freien Meinungsäußerung“. In diesen Worten ist allerdings beim besten Willen nichts von „Kapitalismus“ zu entdecken; müßte doch danach der beste Schatz der politischen Freiheit in der politischen Straßengegend liegen!

Wir haben mit verschiedenen Parteigeitungen Auseinandersetzungen gehabt, aber bei allen unseren zahlreichen Erfahrungen auf diesem Gebiet, die ja auch der „Vorwärts“ anerkennt, können wir konstatieren, daß der „Vorwärts“ das einzige Blatt war, welches, um einen von Auer als nicht beleidigend sanktionierten Ausdruck zu gebrauchen, die gekrümmte Feder nicht spielte. Das that aber der „Vorwärts“ nicht und nicht nur uns, sondern auch allen anderen gegenüber. Es gibt keinen einzigen Parteigeitungsmitgliedern, der je Gelegenheit hatte, mit dem „Vorwärts“ zu polemisieren, denn dieser nicht auf den Kopf geworfen hätte, er sei „persönlich“ und „beleidigend“. So hat er es stets versucht, seine Opponenten nicht zu widerlegen, sondern ihnen die weitere Auseinandersetzung widerwärtig zu machen, oder wo es nicht gelingen wollte, durch eine geschickt inszenierte Parteibühne sie zum Stillstehen zu bringen. Wir glauben, es wird nachgerade Zeit, daß man diesem parteischädlichen Treiben ein Ende setzt!

Tagesordnung des Parteitages zu setzen, das Richtige getroffen haben. Er wendet sich nicht positiv gegen unseren Vorschlag, er meint nur, dieser Punkt gehöre noch dem Parlamentsbericht und nicht vor dem Parlamentsbericht. Also auf die Tagesordnung gehört er doch? Also giebt es hier schon etwas zu erörtern und darüber Beschlüsse zu fassen? Also giebt es wichtige Meinungsverschiedenheiten? Worin anders bestehen sie aber und wie anders kamen sie zum Ausdruck, als so, wie wir es dargestellt haben? Wer hat nun sachlich erörtert, was in der Partei vorgeht und was, nach seiner Meinung, der Partei not thut, — und auf welcher Seite ist die persönliche Beschäftigung und Großspürigkeit?

Die Erörterung unserer Taktik gehört aber vor dem Parlamentsbericht. Wir werden das, sowie die Notwendigkeit einer bestimmten Stellungnahme des Parteitages noch besonders erörtern. Leider hatte die Taktik des „Vorwärts“ auch diesmal insofern Erfolg, als wir unsere Zeit auf die Zurückweisung seiner persönlichen Beschäftigungen haben vergeuden müssen. Wir erwarten von der Parteipresse, daß sie durch energische Zurückweisung dieser polemischen Unarten des „Vorwärts“ die Bahn freimacht zu einer sachlichen Erörterung der sehr wichtigen Fragen, die jetzt das Parteinteresse in Anspruch nehmen.

† Die Ernte in Deutschland. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht soeben Nachrichten über den Saatensstand und die Witte des Monats August. Man benutzte dabei zur Bezeichnung die Noten: 1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittelf, 4 = gering, 5 = sehr gering. Danach stellen sich die Ergebnisse für das Reich folgendermaßen: Sommerweizen 2,5, Winterroggen 2,2, Sommerroggen 2,5, Hafer und Gerste 2,4, Kartoffeln 2,6, Wiesen 2,4. Es war also Mitte August, zu Beginn der Ernte, der Saatensstand über mittelf; bei weitem besser, als in den letzten fünf Jahren. Sachien hat im ganzen noch günstigere Ergebnisse, als der Durchschnitt des Reichs.

Wie werden sich nun die Getreidepreise gestalten? Nach dem Ausfall der Ernte in Deutschland — das Erntemittel war zum großen Teil ebenso günstig wie der Stand der Saatens — wäre ein Steigen der Preise kaum zu erwarten, aber man behauptet, die Weltvorräte seien aufgebraucht und der Ernteausfall nicht überall so günstig und auf Grund dessen will man ein Steigen der Preise voraussetzen. Derartige Prophezeiungen sind ziemlich gewagt, weil man bisher noch die Lage nicht genau übersehen kann. Wenn also ein Herr Rusland, wie wir vor kurzem mitteilten, den deutschen Produzenten rät, mit dem Verkauf zurückzuhalten, dürfte er ihnen schlechte Dienste erweisen.

Eine neue Militärvorlage dürfte dem neuen Reichstage sicher zugehen. Die gesamte Presse beschäftigt sich bereits mit der Vorlage und die „Berliner Neuesten Nachrichten“ sprechen schon von einer Ausübung des Reichstages im Falle der Ablehnung der Vorlage. Es verlaßt, die Vorlage enthalte die Forderung von 43 neuen Bataillonen, was eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 22 500 Mann bedeutet. Mehrkosten dürften mindestens 14 Millionen notwendig sein. Schöne Aussichten!

Ein „öffentlicher Aufzug“ in Mecklenburg. Unser Parteivertrauensmann Joh. in Schwerin hat am Tage der Stichwahl einen mit Plakaten besetzten Rüsselwagen durch die Straßen fahren lassen, wodurch die Wähler auf den Kandidaten unserer Partei aufmerksam gemacht werden sollten. Das Schöffengericht erblickte hierin einen öffentlichen Aufzug, der polizeiliche Genehmigung erfordert hätte. Da diese nicht eingeholt war, wurde Joh. zu 20 M. Geldstrafe oder fünf Tagen Gefängnis verurteilt. Das Landgericht entschied ebenso. — Unter einem Aufzug versteht man in der Regel das geschlossene Zusammengehen einer größeren Anzahl von Personen, nicht die Spazierfahrt eines mit Plakaten besetzten Wagens. Aber die mecklenburgischen Richter müssen's ja wissen.

Kriegervereine und Sozialdemokratie. Der Kriegerverein zu Vochwitz ist durch eine im „Kreisbl.“ abgedruckte amtliche Verfügung des Landrats zu Liebenwerda aufgelöst worden, weil der Verein Mitglieder unter sich bildete, welche bei der letzten Reichstagswahl dem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme gegeben haben. Der Kreis-Kriegerverband Liebenwerda hat zugleich beantragt, den Verein aus dem deutschen Kriegerbunde auszuschließen. — Aus Mecklenburg schreibt man der „Kön. Ztg.“: Bei der letzten Reichstagswahl waren auch viele sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden. Auf die Aufforderung des Vorstandes des Kriegervereins in Neubudow haben 10 Mitglieder des genannten Vereins sich offen zur Sozialdemokratie bekannt und wurden ausgeschlossen. Weitere 15 Mitglieder haben eine ähnliche Erklärung nicht abgegeben. Auch sie sollen ausgeschlossen werden. — Nur so weiter!

Der verstorbene Polizeipräsident von Berlin als Jenfer. Der im Jahre 1896 verstorbene Polizeipräsident von Berlin, Freiherr von Richthofen, war als grimmiger Sozialistensprecher ganz nach dem Herzen des Herrn von Stumm auch außerhalb der Sprechstube, deren Tugend zu schätzen ihm oblag, bekannt. In lebhafter Erinnerung ist noch jenes famose Dankfugel an den Vorsitzenden des Verbandes der Metallindustriellen Deutschlands, in dem er ergebenst darüber quittiert, 3000 M. Belohnungsgelder von diesem Verband erhalten zu haben, und mitteilt, daß er diese 3000 M. unter denjenigen Schulstudenten verteilt habe, die „aus Anlaß des 1. Mai“ „über Gebühr“ — auf Wunsch der Metallindustriellen — „angestrengt waren“. Aber nicht nur für solche Trümpel seiner Untergebenen war er bemüht. Mehr noch lag ihm an der geistigen Ausbildung